

Protokolleintrag vom 04.09.2002

E i n g ä n g e

Von Doris Fiala (FDP) ist am 4.9.2002 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Am Dienstag, 27. August 2002, veröffentlichte die Stadtpolizei Zürich auf dem Internet einen Newsletter, in dem sie – begründet mit Statistiken – eine polizeiliche Sicherheitslücke in der Bekämpfung des Drogenhandels in der Stadt Zürich darlegte. Mit ein Grund für die polizeiliche Sicherheitslücke sei die kriminalpolizeiliche Aufgabenteilung Urban Kapo zwischen Stadt- und Kantonspolizei, wonach es der Stadtpolizei untersagt ist, jenen Aufwand zu betreiben, der notwendig ist, um an die Drogenbanden heranzukommen. Die Antwort der kantonalen Behörden folgte postwendend. Als Antwort auf den zweiseitigen Newsletter der Stadtpolizei Zürich führten am Donnerstag, 29. August die kantonale Polizeidirektorin, begleitet vom Kommandant der Kantonspolizei und dem Chef der kantonalen Kriminalpolizei, eine Medienkonferenz durch, indem sie, ebenfalls mit Statistiken, die Auffassung vertraten, dass in der Stadt Zürich keine polizeiliche Sicherheitslücke bestehe.

In diesem Zusammenhang gelange ich an den Stadtrat und bitte um Beantwortung folgender Fragen:

1. Hat der Stadtrat erkannt, dass im Bereich der Betäubungsmittel-Bekämpfung eine polizeiliche Sicherheitslücke besteht? Wenn ja, mit welchen konkreten Massnahmen werden diese behoben?
2. Kann der Stadtrat das Problem mit Fakten der vergangenen 5 Jahre belegen?
3. Die kantonale Polizeidirektorin spricht gegenüber den Medien von unpartnerschaftlichem Vorgehen seitens der Stadtpolizei. Trifft es aber zu, dass seitens der Kantonspolizei die Dienstweisung zum Informationsaustausch zwischen städtischer und kantonalen Kriminalpolizei seit der Inkraftsetzung von Urban Kapo einseitig aufgekündigt wurde? Wenn ja, von wem und mit welchen praktischen Konsequenzen?
4. In den betroffenen Zürcher Stadtkreisen 4 und 5 mit gesamthaft beinahe 40 000 Einwohnerinnen und Einwohnern inkl. dem Langstrassenquartier fühlt sich die Bevölkerung offensichtlich nicht mehr sicher. Die Gefahr der Verslumung des Quartiers ist sichtbar, auch wenn uniformierte Stadtpolizisten dauernd vor Ort sind. Aufgrund der kriminalpolizeilichen Aufgabenteilung ist die Stadtpolizei Zürich primär mit uniformierten Mitteln im Einsatz. Diese reichen aber offensichtlich nicht aus. Was unternehmen die städtischen Behörden (Polizei, Soziales, Schulen etc.) konkret, um die Verslumung des Quartiers zu verhindern?
Was muss nach Meinung des Stadtrates die Kantonspolizei konkret gegen die Betäubungsmittelkriminalität unternehmen, um dahingehend wieder eine lebenswertere Quartierentwicklung zu ermöglichen?
5. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass gemäss kantonalen Kriminalstatistik seit der Umsetzung von Urban Kapo ein rapider Einbruch bei den Sicherstellungen von Heroin festzustellen ist?
6. Wie beurteilt der Stadtrat die Tatsache, dass gemäss kantonalen Kriminalstatistik seit der Umsetzung von Urban Kapo ein rapider Einbruch bei den Verzeigungen wegen schweren Drogenhandels festzustellen ist?
7. Welche konkreten Einsparungen in Franken und Effizienzsteigerungen sind bisher durch die Realisierung durch Urban Kapo auf städtischer Seite erzielt worden? Wo zeigen sich konkret die Nachteile von Urban Kapo?
8. Welche politischen und administrativen Schritte sind nach Meinung des Stadtrates zu unternehmen, um die allfälligen Defizite in den polizeilichen Strukturen und Abläufen, die seit Urban Kapo bestehen, zu beheben und um inskünftig Auseinandersetzungen zwischen Stadt- und Kantonsregierung in Polizeifragen zu vermeiden? Was unternimmt die Vorsteherin des Polizeidepartements der Stadt Zürich, um die städtischen Sicherheitsprobleme gemeinsam mit dem Kanton zu bewältigen?